

Ist Inklusion in der Gesellschaft wirklich gewollt?

Kongress der Stiftung Lebenshilfe am 10. März – Es geht auch um das Bundesteilhabegesetz – Unternehmer sind vor Ort

Von Daniela Siehl

Seit Jahren steht sich ein Thema durch öffentliche Debatten: Inklusion. Doch wie offen ist die Gesellschaft tatsächlich? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein groß angelegter Kongress der Stiftung Lebenshilfe am Donnerstag, 10. März. Dabei sollen über Vorträge und Workshops (s. „Hintergrund“) vor allem Begegnungen geschaffen werden – zwischen Politik und Wissenschaft, zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. „Ein ungezwungenes Zusammentreffen“, soll es werden, sagt Sieghart Moraw, der Vorstandsvorsitzende der Stiftung.

Wie nötig solch ein Austausch ist, wird deutlich, wenn man mit Betroffenen selbst gesprochen hat – mit Hartmut Kabelitz etwa. Dann versteht man: Von Inklusion spüren Menschen mit Behinderungen aktuell noch wenig. Bei Kabelitz geht es ums Berufleben. Er hat zwar Arbeit in den Werkstätten der Lebenshilfe und verpackt Plastikschläuche in Tüten. Aber eigentlich träumt er „von einem echten Job, einer Herausforderung“. Und für seinen Traum arbeitet Kabelitz hart: Er machte

Praktika, sogar beim Gericht, engagierte sich im Beirat von Menschen mit Behinderungen und absolvierte einen Lehrgang zum Schachtrainer – nur eine Festanstellung auf dem normalen Arbeitsmarkt ist bisher nicht in Sicht. „Ich weiß auch warum“, glaubt Kabelitz. Seit einem Unfall vor 16 Jahren kann er nur noch verlangsamt agieren. „Da fällt man durchs Raster“, sagt er.

Vom Symposium erhofft sich Kabelitz, dass er mit Unternehmen ins Ge-

spräch kommen kann – und „zu spüren, dass Teilhabe wirklich gewollt ist“. Inzwischen steht sogar SAP-Personalleiter Wolfgang Fuesnacht auf der Gästeliste.

Die Lebenshilfe scheint überhaupt einigen aufzufahren: Politikern aus Bundes- und Landesministerien haben zugesagt, ein Dutzend Wissenschaftler sowie Schlägersänger Guido Horn. Die Kongressergebnisse sollen als Heidelberger Erklärung veröffentlicht werden. Denn es geht um Großes: „Um Barriere-

freiheit in den Köpfen“, betont Andreas Kruse, Direktor des Heidelberger Instituts für Gerontologie. Er wird den Kongress moderieren.

Das Symposium hat aber auch eine politische Ebene. „Der 10. März ist kein Zufallsdatum“, betont Manfred Gaul vom Kuratorium der Stiftung. „Der Entwurf zum Bundesbeteiligungsgesetz geht bald an die Interessensverbände.“ Das Bundesbeteiligungsgesetz soll die Lebenssituation von behinderten Menschen verbessern. Gaul ist skeptisch, denn eine Sache behagt ihm gar nicht: Wer alt und durch eine Behinderung beeinträchtigt ist, gilt dann – so befürchtet es auch Kruse – schon als pflegebedürftig. „verliert seinen Anspruch auf Teilhabemaßnahmen des Sozialamts“ und werde über die Pflegestufen abgerechnet. Neben den finanziellen Einschränkungen, die das mit sich bringe, wäre eine solche Klausel im Gesetz für Kruse ein symbolischer Bruch: „Teilhabe meint, Menschen ins gesellschaftliche Leben zu holen. Und nicht, sie als pflegebedürftig zu klassifizieren“. Über das Gesetz soll auch auf dem Kongress diskutiert werden.

HINTERGRUND

➤ Das Symposium der Stiftung Lebenshilfe findet am Donnerstag, 10. März, von 9 bis 18 Uhr in der Stadthalle, Neckarstrade 24, statt. Rund 200 Gäste werden erwartet, darunter Rolf Schwanzenberg, Leiter der Abteilung Teilhabe vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Er hält einen Vortrag zum Bundesteilhabegesetz (10 Uhr). Im Anschluss gibt es eine Podiumsdiskussion zur Frage: „Wie weit sind wir bei der Umsetzung des Rechts auf Teil-

habe?“. Es diskutieren die Schirmherren des Symposiums, Oberbürgermeister Eckart Würzner und Landrat Stefan Dellinger mit Experten aus Wirtschaft und Praxis. Den Tag über gibt es einen Markt der Informationen sowie zahlreiche Workshops und Vorträge, etwa mit Ulla Schmidt, Vizepräsidentin des Bundestages (11.30 Uhr). Guido Horn tritt um 17 Uhr auf. Tagungsgebühr: 20 Euro. Anmeldung unter: stiftung-lebenshilfe-hd.de. dab